

Mehrheit für den Kommunalverbund

Anders als im Fachausschuss vorige Woche, stimmt im Achimer Rat das Gros der Mitglieder für die Kooperation

VON MARIUS MERLE

Achim. Ist der Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen hilfreich oder hinderlich für die Anliegen der Stadt Achim? Eine Frage, zu der die Ratsmitglieder bei der Sitzung am Donnerstagabend unterschiedlicher Meinung waren. Und so setzte sich die Diskussion aus dem Fachausschuss der Vorwoche fort. In diesem hatten die Mitglieder mehrheitlich dafür votiert, den Inhalten des „Grundsatzbeschlusses zur kooperativen Regionalentwicklung“ des Kommunalverbundes nicht zuzustimmen. Im Achimer Stadtrat fand sich aber nun eine Mehrheit pro Kommunalverbund, was auch an den eingangs der Diskussion gewählten deutlichen Worten von Bürgermeister Rainer Ditzfeld gelegen haben könnte.

„Mir ist es ein ganz großes Anliegen, dass wir der Beschlussvorlage folgen und hinter dem Kommunalverbund stehen“, betonte er. Es sei wichtig, mit einem positiven Beschluss zu zeigen, dass man dazugehöre. „Schließlich gilt es in Zukunft im Kommunalverbund besonders zusammen mit Bremen Projekte anzufassen“, merkte Ditzfeld an und nannte als Beispiele Achim-

West oder die Krankenhausversorgung. Über das Abstimmungsergebnis im jüngsten Ausschuss zeigte er sich verwundert.

Auch innerhalb der Fraktionen hatte das Ergebnis für Gesprächsstoff gesorgt – und in der Zwischenzeit auch durchaus für Meinungsänderungen. Axel Eggers (Die Grünen) etwa hatte dem Kommunalverbund im Ausschuss noch eine Absage erteilt. Und auch wenn er weiterhin die fehlende Verbindlichkeit und den geringen Spielraum, auf Projekte in dem Verbund Einfluss zu nehmen, kritisch anmerkte, so stimmte er, wie auch seine Parteigenossen, nun für den Beschluss. „Nach Gesprächen innerhalb der Fraktion, sehen wir nun überwiegend die Vorteile“, erklärte Eggers.

Lebhafte Diskussion

Vorteile wollten die Ratsmitglieder der Achimer CDU jedoch weiterhin nicht sehen. „Der Kommunalverbund hat nur Nachteile für uns“, machte etwa Larne Sprenger deutlich. Kritikpunkt der CDU war unter anderem, dass innerhalb des Kommunalverbundes ein Leitbild entstehen sollte, was in Konkurrenz zu dem stehen werde, was die Stadt Achim nun er-

arbeiten wolle. Außerdem würde man als Stadt seine „Eigenständigkeit aufgeben“, erklärte Fraktionsvorsitzender Karl-Heinz Lichter. Kritik gab es auch daran, dass der Kommunalverbund der Stadt im Kampf um die Wettbewerbsfähigkeit gegen große Einkaufszentren wie Dodenhof oder den Weserpark nicht geholfen habe.

Die Ratsmitglieder der SPD standen indes geschlossen hinter dem Kommunalverbund und waren bemüht, die Kritik aus dem CDU-Lager zu kontern. Ihrer Ansicht nach seien die Leitbilder etwa keineswegs vergleichbar, da jenes von Verbund eher ein Themenkatalog und somit eine Empfehlung sei. Außerdem bringe es laut Werner Meinken nichts, „sich über Einkaufstempel zu ärgern“. „Es ist einfach elementar wichtig, mit den anderen Kommunen wie Bremen im Gespräch zu bleiben“, sagte Petra Geisler. Und dafür biete der Kommunalverbund einen geeigneten Rahmen.

Auf Seiten der CDU sah man das wiederum anders. „Für Gespräche mit Bremen braucht man keinen Kommunalverbund“, befand Jürgen Striedieck. Letztlich koste die Mitgliedschaft nur unnötiges Geld. Aller kritischen Worte der Christdemokraten

zum Trotz, am Ende stimmte die Mehrheit dieses Mal für den Beschluss – die drei Mitglieder der Wählergemeinschaft Achim enthielten sich. Und da nur die anwesenden elf CDU-Mitglieder gegen das Anliegen des Kommunalverbundes stimmten, reichten die weiteren 20 Ja-Stimmen für einen positiven Beschluss. Angesichts des vorigen Ergebnisses im Ausschuss ganz zum Unverständnis der Achimer CDU. „Es kann doch nicht sein, dass plötzlich wieder alles Friede, Freude, Eierkuchen ist“, zeigte sich Lichter enttäuscht.

Der Kommunalverbund

■ Der Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen ist ein Zusammenschluss von aktuell 27 Kommunen in der Region Bremen. Die Stadt Bremen ist das deutlich größte Mitglied. Der „kooperative Regionalplan“, um dessen Grundsatzbeschluss es im Achimer Rat ging, soll laut Angaben des Verbundes alle raumordnerischen Pläne der Region aufnehmen und ein Werkzeug für die weitere Zusammenarbeit von Städten, Gemeinden und Landkreisen sein.